



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

**Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Hochschulen stärken – Grundfinanzierung
aufstocken
(Kap. 15 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2018 wird folgende Änderung vorgenommen:

Für die Aufstockung der Grundfinanzierung wird im Kap. 15 06 eine neue TG „Verstärkungsmittel für die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften für Personal, Sachausgaben und Investitionen“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 120 Mio. Euro ausgestattet.

Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar und deckungsfähig zugunsten Kap. 15 62 (Hochschule für Musik und Theater München) und Kap. 15 63 (Hochschule für Musik Würzburg).

Die Mittel dienen insbesondere der Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten, des Ausbaus der Masterstudienplätze sowie der besseren Betreuung der Studierenden.

Die Finanzierung erfolgt über entsprechend höhere Einnahmen in Kap. 13 06 Tit. 359 01.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften hat in den vergangenen Jahren weder mit den gestiegenen Studierendenzahlen, noch mit den allgemein wachsenden Anforderungen an die Hochschulen Schritt gehalten. Seit 2000 (18,1 Prozent) hat sich der Drittmittelanteil bei der Finanzierung der bayerischen Universitäten nahezu verdoppelt, der Anteil der staatlichen Grundfinanzierung ist dementsprechend gesunken. Damit wächst zwangsläufig der Einfluss von Privatunternehmen auf Forschung und Lehre. Die Grundfinanzierung der bayerischen Hochschulen und Universitäten wird damit immer prekärer.

Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat landesweit immer noch mit prekären Karriere- und Beschäftigungsbedingungen zu kämpfen. Derzeit sind an den bayerischen Hochschulen rund 70 Prozent des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt – bei den Universitäten ist der Anteil sogar noch höher. Die vorherrschenden prekären Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus haben negative Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufsfelds Wissenschaft sowie auf Lehre und Forschung. Damit werden nicht nur die Zukunftsperspektiven vieler Betroffener aufs Spiel gesetzt. Auch die Qualität des Hochschulstandorts Bayern wird gefährdet, wenn der wissenschaftliche Nachwuchs im Zweifel sogar das Land verlässt, um bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden. Bayern soll entscheidender Wissenschaftsstandort bleiben und dafür müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auch im Bereich der Arbeitsbedingungen.

Viele Hochschulen lassen – unter großem finanziellem Druck – einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Bayernweit beträgt die Zahl der freiberuflichen Lehrbeauftragten an den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften 9.761 (Wintersemester 2014/2015). Sie übernehmen einen wachsenden Teil der regulären Lehre an den Hochschulen. Sie leisten in der Lehre die gleiche Arbeit wie ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen, erzielen jedoch nur einen Bruchteil von deren Einkommen. Von einem ergänzenden Charakter, den Lehraufträge grundsätzlich einmal haben sollten, kann keine Rede mehr sein. Besonders an Musik- und Filmhochschulen ist die Situation der Lehrbeauftragten prekär. Aber auch an anderen Hochschulen in Bayern ist dieser Trend, besonders in den Geisteswissenschaften, alarmierend. Das ist ein weiteres Indiz für die mangelnde Grundfinanzierung der bayerischen Hochschulen, die die finanzielle Unsicherheit direkt an ihre Beschäftigten in Form von prekärer Bezahlung und Kurzzeitverträgen weitergeben. Wir brauchen Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss deshalb dringend gestärkt werden.

Für viele Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen gibt es kein ausreichendes Angebot an Masterplätzen in Bayern. Die Sorge, aus Mangel an Masterplätzen nach dem Bachelor nicht in Bayern weiterstudieren zu können, verschärft die Konkurrenzsituation in vielen Studiengängen unnötig. Besonders hart trifft dieser Umstand Studierende in Bereichen, in denen der Bachelor nicht als berufsqualifizierend etabliert werden konnte, wie etwa in der Psychologie oder Chemie.